



Presseinformation

Wiesbaden, den 17. Dezember 2012

Nr. 503

Integrationsstaatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit:

Es ist sinnvoll und wichtig, dass

Imame unsere Landessprache beherrschen

Die Gemeinde Ahmadiyya Muslim Jamaat eröffnet am Montag, 17. Dezember in Riedstadt (bei Groß-Gerau) ihr eigenes Institut für Imamausbildung in Deutschland. Bei der nach eigenen Angaben ersten von Muslimen betriebenen Einrichtung dieser Art in Deutschland wird auch der fünfte Kalif der Ahmadiyya Muslim Jamaat, **Hadhrat Mirza Masroor Ahmad**, anwesend sein. Seine Heiligkeit ist das geistige Oberhaupt der Ahmadi-Muslime weltweit. Der Kalif wird dieses neue Gebäude feierlich eröffnen.

Das Ziel der „Jamea Ahmadiyya“ ist es, in Deutschland aufgewachsene und deutsch sprechende Gemeindemitglieder zu Imamen auszubilden. Aufgrund ihrer Vertrautheit mit der Sprache, der Kultur und der Geschichte Deutschlands würden sie einen besseren Zugang zu

den hiesigen jungen Muslimen haben als die bisherigen Imame, die ausschließlich aus Pakistan und Indien kämen.

In seinem Grußwort sagte der Staatssekretär im Integrationsministerium, **Dr. Rudolf Kriszeleit**, aus integrationspolitischer Sicht sei es „ein richtiger und sehr wichtiger Schritt, dass dieses Institut seine Arbeit aufnimmt und Imame ausbildet, die unsere Landessprache beherrschen, die Kultur und Geschichte Deutschlands kennen und somit hier auch zu Hause sind.“

Integrationsstaatssekretär Dr. Kriszeleit: „Muslime gehören längst zum festen Bestandteil der hessischen Gesellschaft. In Hessen bekennen sich etwa 400.000 Menschen zu dieser Weltreligion. Viele von Ihnen haben die deutsche Staatsangehörigkeit und sind damit in unserer Gesellschaft angekommen!“

„Die Gleichbehandlung des Islam mit den anderen Religionen ist ein wichtiges Anliegen der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung. Muslime in Hessen erkennen immer mehr, dass sie in unserem Land willkommen sind“, betonte Staatssekretär Dr. Kriszeleit: „Als Zeichen dafür, dass Menschen muslimischen Glaubens hier ihr neues Zuhause haben, möchte ich von den vielen Maßnahmen und Projekten der Hessischen Landesregierung das ehrgeizige und zentrale Integrationsprojekt herausgreifen: den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht an hessischen Schulen.

In der Landeshauptstadt Wiesbaden geben zur Stunde Kultusministerin Nicola Beer und der Integrationsminister und stellvertretende Ministerpräsident Jörg-Uwe Hahn bekannt, dass beabsichtigt ist, dem Antrag der Ahmadiyya Gemeinde auf Anerkennung als Kooperationspartner stattzugeben. Islamischer Religionsunterricht in hessischen Schulen – unter staatlicher Aufsicht, in deutscher Sprache, unterrichtet nach staatlichem Kerncurriculum, erteilt von hier ausgebildeten Lehrkräften im hessischen Staatsdienst – ist ein Beitrag zur Integration in unserem Land. Islamischer Religionsunterricht soll, wenn die Voraussetzungen von Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes erfüllt sind, eine islamische Glaubenserziehung ermöglichen, die den Rahmen der verbindlichen freiheitlichen demokratischen Grundordnung anerkennt und zur aktiven Auseinandersetzung mit den eigenen Glaubensinhalten im Lichte der Aufklärung und des Grundgesetzes beiträgt.